

Wettbewerb zum Deutschen Wirtschaftsfilmpreis 2011

Der Bundesminister für Wirtschaft und Technologie, Philipp Rösler, hat am 25. Mai 2011 den Wettbewerb um den "Deutschen Wirtschaftsfilmpreis 2011" eröffnet. Der Deutsche Wirtschaftsfilmpreis wird in diesem Jahr bereits zum 44. Mal vom Bundeswirtschaftsministerium ausgeschrieben. Der Filmpreis will das gesellschaftliche Verständnis für wirtschaftliche Zusammenhänge fördern. Er hebt besondere wirtschaftliche Leistungen hervor, indem er sie mit audio-visuellen Medien anschaulich und informativ darstellt. Seit 2008 ist der Preis fester Bestandteil der "Initiative Kultur- und Kreativwirtschaft" der Bundesregierung.

Der Deutsche Wirtschaftsfilmpreis wird in diesem Jahr für besonders eindrucksvolle filmische Darstellungen in vier Kategorien vergeben. Mit der Kategorie 3 - "Filme in neuen Medien (Internet)" - bietet der Wettbewerb in diesem Jahr eine Plattform für filmische Marketingstrategien in den neuen Medien. Gesucht wird hier nach Beiträgen zu neuen Formen der Verbreitung im Internet, etwa durch virales Marketing über soziale Netzwerke, durch Blogs oder durch Webvideos auf entsprechenden Plattformen, die mit unkonventionellen, hintergründigen Nachrichten auf ein Produkt, eine Marke oder eine Kampagne aufmerksam machen. Besonders erwünscht sind insofern Beiträge, die auf eine Interaktion mit den Nutzern setzen. Es ist in diesem Jahr auch erstmals möglich, in dieser Kategorie Wettbewerbsbeiträge sowohl als DVD oder auch als Web-Link einzureichen.

In diesem Jahr werden Geldpreise von jeweils 10.000 Euro für den insgesamt besten Film des Wettbewerbs und für den besten Nachwuchsfilm vergeben. Anmeldeschluss ist der 31. Juli 2011. Die Preisverleihung wird am 17. November im Rahmen einer festlichen Gala im Forum Ludwigsburg stattfinden.

Informationen und Anmeldeunterlagen finden Sie auf den Internetseiten des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie (<http://www.bmwi.de>) sowie auf den Internetseiten des Bundesamts für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (<http://www.bafa.de/bafa/de>). Weiterführende Informationen unter www.deutscher-wirtschaftsfilmpreis.de. ■

START-AWARD NRW 2011: Jungunternehmer mit innovativen und nachhaltigen Ideen gesucht

Wirtschaftsminister Harry K. Voigtsberger ruft erfolgreiche Jungunternehmen zur Teilnahme am START-AWARD NRW auf. Der START-AWARD NRW ist der landesweite Preis für Existenzgründerinnen und -gründer, die sich mit Mut, Kreativität und Innovationskraft erfolgreich im Wettbewerb behaupten. Bis zum 15. Juli 2011 können sich Unternehmen, die zwischen dem 1. Januar 2006 und dem 31. Dezember 2009 in Nordrhein-Westfalen gegründet wurden, in den Kategorien "Innovatives Jungunternehmen" und "Jungunternehmen übernehmen Verantwortung" bewerben. Den Gewinnern winken in den beiden Kategorien je 8.000 Euro Preisgeld und eine öffentliche Ehrung auf der diesjährigen START-Messe in Essen (23. bis 24. September 2011).



"Besonders innovativen Jungunternehmen wollen wir die besten Startchancen ermöglichen, denn sie gehören zu den nachhaltig wachsenden Unternehmen, die neue Arbeitsplätze schaffen und den Wirtschaftsstandort Nordrhein-Westfalen weiter voranbringen", sagte der Wirtschaftsminister zum Start des Wettbewerbs. "Mit dem START-AWARD NRW stellen wir erfolgreiche Gründerinnen und Gründer ins Rampenlicht und machen sie zu Vorbildern für Menschen, die den Sprung in die Selbstständigkeit wagen." Ausgelobt wird der START-AWARD NRW vom Veranstalter der START-Messe in Essen, dem ascf atelier scherer fair consulting, sowie von der KfW Bankengruppe, der NRW.BANK und dem Ministerium für Wirtschaft, Energie, Bauen, Wohnen und Verkehr des Landes Nordrhein-Westfalen.

In der Kategorie "Innovatives Jungunternehmen" werden Unternehmen gesucht, deren Geschäftserfolg auf neuen Produkten, effizienten Verfahren oder innovativen Dienstleistungen basiert. Bereits die Optimierung bekannter Produkte und Verfahren wird im Rahmen des START-AWARD NRW als innovative Leistung gewertet.

Unternehmerinnen und Unternehmer, die ökologische oder soziale Verantwortung übernehmen, können sich in der Kategorie "Jungunternehmen übernehmen Verantwortung" bewerben. Im Fokus stehen nachhaltige Geschäftsideen, die einen gesellschaftlichen Mehrwert bringen. Daneben werden auch die Aspekte Umweltbewusstsein und soziales Handeln bewertet. Dazu gehören etwa ressourcenschonende Produktionsverfahren, die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf oder der Einsatz für ältere Arbeitnehmer.

Weitere Informationen über den START-AWARD NRW und Teilnahmeunterlagen können unter www.start-award.de abgerufen oder telefonisch bei der STARTERCENTER NRW Infoline unter 0180 - 130 130 0 (3,9 Cent/Minute, abweichende Preise für Mobilfunkteilnehmer) angefordert werden. (Quelle: Pressemitteilung des Ministerium für Wirtschaft, Energie, Bauen, Wohnen und Verkehr) ■

KfW sucht die GründerChampions 2011

Auch in diesem Jahr vergibt die KfW Bankengruppe ihren jährlichen Unternehmenspreis "GründerChampions" an besonders pfiffige Existenzgründer und Jungunternehmer. Die Preisverleihung findet im Rahmen der Deutschen Gründer- und Unternehmertage (DeGut) vom 21. - 22. Oktober in Berlin statt. Bewerbungen sind bis zum 1.8.2011 einzureichen.

Prämiert werden in 2011 die innovativsten und nachhaltigsten Geschäftsideen, die einen gesellschaftlichen Mehrwert schaffen. Teilnehmen können alle Gründer bzw. Unternehmer, die innerhalb der letzten fünf Jahre ihre Geschäftsidee erfolgreich in die Tat umgesetzt und ihren Firmensitz in Deutschland haben. Neben einem komfortablen Berlin-Aufenthalt für die jeweiligen Gewinner aus den 16 Bundesländern winkt für die daraus zu ermittelnden drei Bundessieger ein Preisgeld von je 6.000 Euro.

In der Jury sitzen Experten aus Politik, Wirtschaft, Landesförderinstituten sowie Industrie- und Handelskammern zusammen. Die Preise werden vergeben in den Kategorien:

- **Geschäftsidee und Innovation** - Ausgezeichnet wird das Unternehmen mit der besten Geschäftsidee auf Basis eines neuen Produktes bzw. einer Dienstleistung oder eines neuartigen Fertigungsverfahrens.
- **Ökologische Verantwortung** - Die Jury vergibt den Preis an das Unternehmen, das sich unter den 16 Landessiegern am meisten einer nachhaltigen zukunftsweisenden Wirtschaftsweise verpflichtet. Kriterien sind die Entwicklung und der Vertrieb von ökologischen, ressourcenschonenden Produkten und Dienstleistungen sowie der Einsatz solcher Produktionsmethoden.
- **Soziale Verantwortung** - Der Preis wird von der Jury an das Unternehmen vergeben, das am stärksten soziale Verantwortung übernimmt und z. B. durch eigene Ideen oder besondere Arbeitsmodelle eine Vorreiterrolle übernommen hat. Kriterien sind u. a. die Schaffung neuer Arbeits- bzw.

SPEKTRUM

Ausbildungsplätze, Maßnahmen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf, soziales Engagement, fairer Umgang mit den Mitarbeitern und Maßnahmen zur Integration von Menschen mit Herkunft aus anderen Ländern und Kulturen.

Nähere Informationen und Anmeldeöglichkeiten finden Sie auf der Internetseite der DeGut unter dem Link <http://www.degut.de/wettbewerb-2011.html>. (Quelle: startothek vom 25.5.2011) ■

Recht

Schnellere Patentanmeldung durch Elektronische Schutzrechtsakte

Am 1. Juni 2011 hat das Deutsche Patent- und Markenamt (DPMA) die neue "elektronische Schutzrechtsakte" gestartet. Die Anmeldung von Patenten und Gebrauchsmustern wird fortan komplett elektronisch bearbeitet. Erfindungsreiche Existenzgründer und Unternehmer können somit auf einen schnelleren und besseren Schutz ihrer Produkte bzw. Patente hoffen.

Für die Umstellung auf das neue elektronische System wurden bis zu 60 einzelne Geschäftsprozesse berücksichtigt – von der Anmeldung bis zur Publikation. Dies machte eine umfassende Umstellung der beteiligten Prüfarbeitsplätze erforderlich, so dass nunmehr alle 850 Prüfer und 350 weitere DPMA-Mitarbeiter auf die elektronische Schutzrechtsakte zugreifen können. Hierdurch verspricht sich die Bundesjustizministerin Leutheuser-Schnarrenberger eine deutlich vereinfachte und beschleunigte Patentanmeldung sowie eine effizientere und kundenfreundlichere Behörde. So bezeichnete sie die elektronische Schutzrechtsakte als einen Meilenstein für die digitale Aktenführung in einer deutschen Behörde.

Nähere Informationen zur elektronischen Schutzrechtsakte finden Sie im Internetangebot des Deutschen Patent- und Markenamtes unter dem Link <http://www.dpma.de/service/dasdpmainformiert/elsa/index.html>. (Quelle: startothek vom 08.06.2011) ■

Steuern & Finanzen

Bundeskabinett beschließt Reform des Gründungszuschusses ab Herbst 2011

Die Bundesregierung hat am 25. Mai 2011 strengere Förderauflagen für arbeitslose Gründer beschlossen. Die Reform kann zu einer besseren Lenkung öffentlicher Gelder in tragfähige Vorhaben beitragen. Der Gründungszuschuss wird in eine Ermessensleistung umgewandelt. Antragsteller müssen künftig einen Arbeitslosengeld-Restanspruch von mindestens 150 Tagen vorweisen, bislang sind es 90 Tage. Die Phase der Maximalförderung, in welcher der Gründer einen monatlichen Zuschuss in Höhe seines Arbeitslosengeldes zuzüglich einer Pauschale von 300 Euro erhält, wird von neun auf sechs Monate verkürzt – die zweite Phase, in der der Gründer auf separaten Antrag nur noch die monatliche Pauschale von 300 Euro bezieht, dagegen von sechs auf neun Monate verlängert.

Fördervoraussetzung bleibt u.a. ein Tragfähigkeitsvotum einer IHK oder einer anderen fachkundigen Stelle. Die Regelungen zum Gründungszuschuss sollen laut Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) im Herbst 2011 in Kraft treten. ■

Einführung NRW.BANK.Mittelstandskredit – EIF-Haftungsfreistellung

Ab dem 1. Juni 2011 hat die NRW.BANK eine neue Variante des NRW.BANK.Mittelstandskredites eingeführt. Das Programm ist mit einer obligatorischen Haftungsfreistellung von 60 Prozent ausgestattet, mit der die NRW.BANK eine spürbar höhere Risikoentlastung für kleine und mittlere Unternehmen (KMU nach EU-Definition) anbietet. Der Zielgruppe entsprechend wurde der Mindestkreditbetrag auf 50 TEUR reduziert. Der maximale Kreditbetrag liegt bei 1 Mio. EUR. Die Laufzeiten betragen 5 Jahre mit einem tilgungsfreien Jahr sowie 10 Jahre mit einem oder zwei tilgungsfreien Jahren. Die weiteren Produktmerkmale entsprechen im Wesentlichen denen des NRW.BANK.Mittelstandskredites.

Die 60-prozentige Haftungsfreistellung wird durch eine Garantie unterstützt, die innerhalb des Rahmenprogramms der Europäischen Gemeinschaft für Wettbewerbsfähigkeit und Innovation (CIP) gestellt und über den Europäischen Investitionsfonds (EIF) abgewickelt wird. Ein Merkblatt und die Allgemeinen Bestimmungen zu diesem Programm können Interessenten unter der E-Mail wittig@hagen.ihk.de bei der Kammer anfordern, die auch für weitere Informationen zur Verfügung steht. ■

NRW.BANK.Film

Die NRW.BANK hat ihre Filmfinanzierungsaktivitäten – Gap-/ Zwischenfinanzierungen sowie Avalkredite für Filmproduktionen – für mittelständische Filmproduktionsgesellschaften übersichtlicher gestaltet und in einem Merkblatt "NRW.BANK.Film" zusammengefasst, das unter der E-Mail wittig@hagen.ihk.de bei der Kammer angefordert werden kann.

Finanzierungsvoraussetzung ist stets ein direkter NRW-Bezug. Die NRW.BANK wird künftig auch im Rahmen von Filmfinanzierungen ausschließlich auf Einladung einer vom Antragsberechtigten beauftragten Hausbank bzw. Förderbank ("Konsortialführer") tätig. Für weitere Rückfragen stehen Ansprechpartner der NRW.BANK montags bis freitags in der Zeit von 08:00 Uhr bis 18:00 Uhr unter der Infoline Westfalen/Lippe 02 51 / 9 17 41-48 00 zur Verfügung. ■

Änderungen bei den NRW.BANK-Programmen Mittelstandskredit, Gründungskredit und Innovationsdarlehen

Ab dem 1. Juni 2011 gelten nachfolgende Änderungen bei den gewerblichen Förderprogrammen Mittelstandskredit, Gründungskredit und Innovationsdarlehen der NRW.BANK:

- Analog zu den Veränderungen in den KfW-Programmen wird die Auszahlungsquote von bisher 96 Prozent auf 100 Prozent angehoben. Gleichzeitig wird eine Vorfälligkeitsentschädigung für außerplanmäßige Tilgungen eingeführt.
- Ferner werden im NRW.BANK.Gründungskredit die vierteljährlichen Zins- und Tilgungstermine auf monatliche Zahlung umgestellt.

FÜR DIE PRAXIS

- Den NRW.BANK.Gründungskredit können nur noch kleine und mittlere Unternehmen beantragen (KMU gemäß EU-Definition).
- Der Antragstellerkreis wird im Hinblick auf den Zeitraum nach Geschäftsaufnahme im NRW.BANK.Gründungskredit erweitert. In Zukunft können Existenzgründerinnen und -gründer, Freiberufler sowie neu gegründete kleine und mittlere Unternehmen (KMU) bis 3 Jahre nach Geschäftsaufnahme gefördert werden. Nach wie vor können Existenzgründer kleine und mittlere Unternehmen erwerben, soweit sich diese nicht in wirtschaftlichen Schwierigkeiten befinden. Der NRW.BANK.Mittelstandskredit steht dann Angehörigen der freien Berufe sowie in- und ausländischen mittelständischen Unternehmen der gewerblichen Wirtschaft ab 3 Jahren nach Geschäftsaufnahme offen.
- Besonders hervorzuheben ist die neue Förderung von Betriebsmitteldarlehen sowie Investitionen in das Umlaufvermögen (Waren- oder Materiallagerbestand) für KMU mit den Sonderkonditionen des „KMU-Fensters“ im NRW.BANK.Mittelstandskredit in der 5-jährigen Laufzeitvariante. Dieselbe Regelung gilt auch für den NRW.BANK.Gründungskredit.
- Mit der Einführung von neuen Tilgungsfreijahrvarianten erhöhen wir die Flexibilität in den drei Programmen. Die Zahl der Tilgungsfreijahre kann zukünftig in der 10-jährigen Variante ein oder zwei Jahre und soweit angeboten in der 20-jährigen Variante ein, zwei oder drei Jahre betragen.
- Außerdem wurde bei den Programmen NRW.BANK.Universalkredit, NRW.BANK.Ausland Invest und NRW.BANK.Elektromobilität die tilgungsfreie Zeit bei allen Laufzeiten von 3 auf 6 Monate verlängert.

Im Rahmen der umfangreichen Programmänderungen wurden die Formulierungen aller Merkblätter und AGB überprüft und soweit möglich vereinheitlicht. Die neuen Merkblätter und Allgemeinen Geschäftsbedingungen aller modifizierten Programme können bei der Kammer unter der E-Mail wittig@hagen.ihk.de angefordert werden. Für weitere Rückfragen stehen Ansprechpartner der NRW.BANK montags bis freitags in der Zeit von 08:00 Uhr bis 18:00 Uhr unter der Infoline Westfalen/Lippe 02 51 / 9 17 41-48 00 zur Verfügung. ■

BMWi stellt weitere 250 Mio. Euro für ERP-Startfonds bereit

Das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie (BMWi) stellt weitere 250 Mio. Euro für den ERP-Startfonds bereit. Damit wird die Finanzierung junger Technologieunternehmen auch weiterhin sichergestellt.

Eine unzureichende Finanzierung ist speziell für junge Technologieunternehmen das mit Abstand größte Innovations- und Wachstumshemmnis. Sie haben insbesondere häufig Schwierigkeiten, Bankkredite zu erhalten, denn diese kommen aufgrund des gegebenen technischen und wirtschaftlichen Risikos oftmals nicht in Frage. Als einzige Finanzierungsmöglichkeit bleibt daher oft das Beteiligungskapital. Hier nimmt der ERP-Startfonds eine wichtige Rolle ein. Er beteiligt sich in gleicher Höhe und zu gleichen wirtschaftlichen Konditionen wie ein privater Leadinvestor an jungen, innovativen Unternehmen und ermöglicht es so, das bereitgestellte Kapital zu verdoppeln. Der ERP-Startfonds stellt in aller Regel über mehrere Finanzierungsrunden insgesamt bis zu 5 Mio. Euro bereit.

Derzeit läuft eine Evaluierung der ERP-Förderprogramme. Sie bestätigt die positive Einschätzung des ERP-Startfonds als ein sehr erfolgreiches Förderinstrument zur Innovationsfinanzierung in Deutschland. Der ERP-Startfonds wurde Anfang 2005 gemeinsam vom BMWi und der KfW-Bankengruppe aufgelegt. Seither hat sich das Zusagevolumen stetig nach oben entwickelt. Mit 80 Mio. Euro wurde 2010 der höchste Zusagestand in einem Jahr erreicht. Bisher wurden insgesamt 821 Verträge mit einem Volumen von rd. 380 Mio. Euro abgeschlossen. Damit konnten mehr als 370 Technologieunternehmen gefördert werden.

Weiterführende Informationen zum ERP-Startfonds finden Interessenten unter den Web-Links <http://www.bmwi.de/BMWi/Navigation/Technologie-und-Innovation/Technologiepolitik/Rahmenbedingungen-fuer-Forschung-Innovation/wagniskapital-unternehmensgruendungen,did=377312.html>, zum High-Tech Gründerfonds unter <http://www.bmwi.de/BMWi/Navigation/Technologie-und-Innovation/Technologiepolitik/Rahmenbedingungen-fuer-Forschung-Innovation/wagniskapital-unternehmensgruendungen,did=377310.html>, zu ERP-Darlehen und Bürgschaften unter <http://www.bmwi.de/BMWi/Navigation/Mittelstand/existenzgruendung,did=312588.html> sowie zu den Eckpunkten der Gründungsförderung durch das BMWi unter <http://www.bmwi.de/BMWi/Navigation/Mittelstand/existenzgruendung,did=310130.html> und zur Rubrik Mittelstand unter <http://www.bmwi.de/BMWi/Navigation/mittelstand.html>. Außerdem stehen auch die Finanzierungsexperten der Kammer unter Telefon (0 23 31) 3 90-2 82/-3 46 für ergänzende Auskünfte zur Verfügung. ■

NRW/EU.Mikrodarlehen der NRW.BANK seit April 2011 landesweit verfügbar

Mit dem sogenannten NRW/EU.Mikrodarlehen hat die NRW.BANK in einzelnen Pilotregionen des Landes bereits Gründerinnen und Gründer unterstützt – seit April 2011 wird das Erfolgsmodell auf ganz Nordrhein-Westfalen ausgeweitet.

Beantragen kann das Darlehen, wer seinen Hauptwohnsitz in Nordrhein-Westfalen hat und entweder eine selbstständige Tätigkeit aufnehmen möchte oder weniger als fünf Jahre ausübt. Anlaufstelle sind die örtlichen STARTERCENTER NRW. Sie beraten den Gründer und leiten abschließend das fertige Gründungskonzept mit einer Stellungnahme an die NRW.BANK weiter. Diese kann dann Darlehen zwischen 5.000 Euro und 25.000 Euro bewilligen.

Das Programm ist mit der Inanspruchnahme einer Begleitberatung durch ehrenamtliche Seniorcoaches oder freie Berater während der ersten beiden Jahre verbunden. Dies soll gewährleisten, dass die Kleinstgründer nicht nur finanziell, sondern rundum auf sicheren Füßen stehen. Weitere Informationen zum Programm beim STARTERCENTER NRW Märkische Region unter Telefon (0 23 31) 3 90-3 20. ■

Umwelt

Bundeskabinett verabschiedet Regierungsprogramm Elektromobilität

Am 18. Mai 2011 hat das Bundeskabinett ein "Regierungsprogramm Elektromobilität" verabschiedet. Mit dem Programm antwortet die Bundesregierung auf die Empfehlungen im zweiten Bericht der Nationalen Plattform Elektromobilität (NPE), der am 16. Mai 2011 der Bundeskanzlerin übergeben worden ist. Das Regierungsprogramm setzt die Rahmenbedingungen für die Entwicklung der Elektromobilität in den kommenden Jahren.

Die Bundesregierung setzt bei ihrer Arbeit einen Schwerpunkt auf Forschung und Entwicklung und verdoppelt deshalb ihre Anstrengungen in diesem Bereich. Bis zum Ende der Legislaturperiode steht hierfür eine weitere Milliarde Euro zur Verfügung. Für die Koordinierung sämtlicher Forschungsaktivitäten richtet die Bundesregierung eine eigene Lotsenstelle ein. Die Aktivitäten der Bundesregierung sind dabei in europäische und internationale Prozesse eingebettet.

Neben den bewährten Maßnahmen der Ressorts im Bereich Forschung und Entwicklung sollen mit dem Aufbau von regionalen Schaufenstern und der Entwicklung von technischen Leuchtturmprojekten zwei weitere innovative Instrumente etabliert werden, die Synergieeffekte liefern.

Ein weiterer Schwerpunkt der Maßnahmen ist die Schaffung attraktiver ordnungspolitischer Rahmenbedingungen, die die Entstehung eines Leitmarktes für die Elektromobilität in Deutschland unterstützen.

Weitere Informationen zum Regierungsprogramm Elektromobilität finden Sie auf den Internetseiten des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung und des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie bzw. die Publikation „Regierungsprogramm Elektromobilität“ unter dem Link <http://www.bmwi.de/BMWi/Navigation/Service/publikationen,did=390612.html>. ■

Energie

KfW Bankengruppe und BMU geben Startschuss für KfW-Programm "Offshore-Windenergie"

Die KfW Bankengruppe und das Bundesumweltministerium (BMU) haben den Startschuss zum neuen KfW-Programm "Offshore-Windenergie" gegeben, das im Rahmen des 10-Punkte-Sofortprogramms zum Energiekonzept der Bundesregierung ab 8. Juni bereitgestellt wird. Die durch das Programm finanzierten Projekte sollen dem Erfahrungsgewinn dienen und die zukünftige Beherrschung der technischen Risiken dieser Technologie erleichtern.

Die KfW unterstützt über das KfW-Programm "Offshore-Windenergie" Projektfinanzierungen im Rahmen von Bankenkonsortien. Voraussetzung ist, dass eine Geschäftsbank die Konsortialführung übernimmt. Die Mittel werden dem Antragsteller als Darlehen (Fremdkapital) zur Verfügung gestellt. Ein Eigenkapitalanteil von in der Regel einem Drittel des Gesamtkapitalbedarfs ist vorrangig in die Projektgesellschaft einzubringen. Unter dieser Voraussetzung können Projekte wie folgt mitfinanziert werden:

- Direktkredit im Rahmen von Bankenkonsortien - Die KfW kann sich direkt an Bankenkonsortien beteiligen, wobei sie den Kredit zu den Bedingungen der anderen Konsortialpartner vergibt. Der maximale Kreditbetrag der KfW beträgt 400 Mio. EUR pro Projekt, wobei ein Finanzierungsanteil von 50 Prozent am gesamten Fremdkapitalbedarf nicht überschritten werden darf.
- Finanzierungspaket aus einem bankdurchgeleiteten Kredit und einem maximal gleich hohen Direktkredit der KfW - Hierbei besteht die Möglichkeit, ein Vorhaben durch die Kombination eines Durchleitungskredits und eines Direktkredits der KfW zu begleiten. Dabei darf der Kreditbetrag des Direktkredits der KfW die Höhe des Durchleitungskredits nicht übersteigen. Der maximale Kreditbetrag des Finanzierungspaketes beträgt 700 Mio. EUR pro Projekt, wobei ein Finanzierungsanteil von 70 Prozent am gesamten Fremdkapitalbedarf nicht überschritten werden darf.
- Direktkredit zur Finanzierung unvorhergesehener Mehrkosten - Darüber hinaus kann die KfW einen zusätzlichen Direktkredit gewähren, wenn in der Errichtungsphase des Windparks die Finanzierung unvorhergesehener Mehrkosten nötig wird. In diesem Fall muss die KfW ein Partner des Bankenkonsortiums sein und die Geschäftsbanken sich zusammen in mindestens gleicher Höhe wie die KfW an der Finanzierung beteiligen. Der maximale Kreditbetrag der KfW beträgt 100 Mio. EUR, wobei ein Finanzierungsanteil von 50 Prozent am Fremdkapitalbedarf für unvorhergesehene Mehrkosten nicht überschritten werden darf.

Die Kreditlaufzeit für die Finanzierung beträgt bis zu 20 Jahre bei höchstens 3 tilgungsfreien Anlaufjahren. Detaillierte Informationen zum Programm KfW-Programm Offshore-Windenergie gibt es unter dem Link http://www.kfw.de/kfw/de/Inlandsfoerderung/Programmuebersicht/KfW-Programm_Offshore-Windenergie/index.jsp. ■

MOSAIK

Neue SGB-II-Informationsplattform

Wie schlägt sich das für meinen Ort zuständige Jobcenter im Vergleich mit anderen? Wie erfolgreich vermittelt es etwa Alleinerziehende in Arbeit? Wo verbessern und wo verschlechtern sich einzelne Trends? Über diese und weitere Fragen – und damit über die Arbeit sämtlicher rund 430 Jobcenter in Deutschland – kann sich ab heute jeder mit Hilfe eines neuen Internetportals informieren.

Das Portal ist über den Link <http://www.sgb2.info/> erreichbar. ■

Wohlstandsverluste durch zu wenig Unternehmensgründungen von Migranten in Schlüsselbranchen

Zuwanderer in Deutschland gründen deutlich seltener Unternehmen in wichtigen Sektoren wie Maschinenbau, Chemie oder Softwareerstellung als Deutsche. Das in Deutschland vorhandene Wachstumspotenzial bei diesen sogenannten wissensintensiven Gründungen wird daher nicht voll ausgeschöpft. Gesamtgesellschaftliche Wohlstandsverluste sind die Folge. Dies zeigt eine aktuelle Studie des Zentrums für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW) in Mannheim.

Die Studie vergleicht Unternehmensgründungen in wissensintensiven Sektoren von deutschen Unternehmern und Unternehmern mit Migrationshintergrund. Als Menschen mit Migrationshintergrund gelten der Studie zufolge Bürger, die keine deutsche Staatsbürgerschaft besitzen und die selbst oder deren Eltern nach Deutschland eingewandert sind. Die Studie untersucht die Gruppe der ehemaligen "Gastarbeiter" und deren Nachkommen, die aus Italien, Spanien, Griechenland, der Türkei, Portugal und dem ehemaligen Jugoslawien nach Deutschland kamen. Mit rund sieben Prozent an der Gesamtbevölkerung stellen sie heute hierzulande die größte Zuwanderergruppe.

Die Studie zeigt, dass Menschen mit Migrationshintergrund eine weniger als halb so hohe Wahrscheinlichkeit haben, ein Unternehmen in einer wissensbasierten Branche zu gründen wie Deutsche. Unternehmen, die von Gründern mit Migrationshintergrund geführt werden, haben bei ihrer Gründung weniger Beschäftigte als Unternehmen deutscher Gründer. Unternehmer mit Migrationshintergrund sind zum Zeitpunkt ihrer Firmengründung in einer wissensintensiven Branche jünger und die Unternehmen weisen eine kürzere Überlebensdauer auf. In Bezug auf Patentanmeldungen, einem Indikator für die Innovationskraft der Gründung, unterscheiden sich die beiden Gruppen allerdings nicht, wenn ausschließlich Unternehmen mit jeweils gleicher Größe verglichen werden.

Die Ergebnisse der Studie machen darüber hinaus deutlich, dass sich die Zusammenarbeit von Unternehmensgründern mit und ohne Migrationshintergrund auszahlt. So haben Unternehmen im gemeinsamen Besitz von Eigentümern mit und ohne Migrationshintergrund im Schnitt mindestens so viele Beschäftigte wie Unternehmen ausschließlich deutscher Gründer. Auch weisen im verarbeitenden Gewerbe beide Unternehmensgruppen eine vergleichbare Überlebenswahrscheinlichkeit auf.

"Die geringere Beteiligung von Personen mit Migrationshintergrund in wissensintensiven Branchen geht vermutlich auf Bildungsunterschiede zwischen Zuwanderern und Deutschen zurück", sagt Elisabeth Müller, für die Studie verantwortliche Wissenschaftlerin und Professorin an der Frankfurt School of Finance & Management. "Damit Deutschland sein volles Innovationspotenzial nutzen kann, ist es wichtig, dass mehr Unternehmer mit Migrationshintergrund in wissensintensiven Branchen gründen. Die wichtigste Folgerung der Politik aus den Ergebnissen unserer Studie müsste daher sein, deutlich mehr als bisher dafür zu tun, um das Bildungsniveau der Immigranten in der zweiten und dritten Generation zu erhöhen."

Die Studie basiert auf Informationen von 4.418 Gründungen von Unternehmern mit Migrationshintergrund, 2.127 Gründungen von Teams aus einheimischen Gründern und Gründern mit Migrationshintergrund sowie 133.384 Gründungen von deutschen Unternehmern. Für Rückfragen zum Inhalt steht Frau Prof. Dr. Elisabeth Müller, Tel. 0 69 – 1 54 00 87 90, Email e.mueller@fs.de, zur Verfügung. Unter dem Link <http://www.zew.de/publikation6211> steht zudem die vollständige Studie in englischer Sprache zum Download bereit. (Quelle: idw Informationsdienst Wissenschaft e. V. vom 16.5.2011) ■

DIHK zur Reform des Gründungszuschusses: Strengere Gründungsförderung gut für das Gründerklima

Für sinnvoll hält der Deutsche Industrie- und Handelskammertag (DIHK) die vom Bundeskabinett beschlossene Reform des Gründungszuschusses für arbeitslose Existenzgründer. „Die strengeren Förderauflagen werden dem Gründerklima in Deutschland gut tun. Nicht nur Steuer- und Beitragszahler profitieren, sondern letztlich auch die Existenzgründer selbst“, ist DIHK-Hauptgeschäftsführer Martin Wansleben überzeugt.

„Arbeitslose Existenzgründer müssen ihre Gründung künftig frühzeitiger und gründlicher vorbereiten, wenn sie Fördergeld vom Staat erhalten wollen. Das erschwert zwar den Zugang, schützt aber vor Schnellschüssen“, erläutert Wansleben. „Die Arbeitsagenturen können besser und individueller abwägen: Ist die Selbstständigkeit für den Arbeitslosen wirklich der geeignete Weg? Ist eine Beschäftigung als Arbeitnehmer im Einzelfall nicht der bessere Wiedereinstieg ins Erwerbsleben? So können öffentliche Gelder zielgerichteter in Erfolg versprechende Gründungsprojekte gelenkt werden. Und arbeitslosen Gründungsinteressenten bleibt so manche Enttäuschung erspart.“

Denn die Industrie- und Handelskammern (IHKs) registrieren, wie eine Zwischenauswertung des neuen DIHK-Existenzgründerreports zeigt, dass immer mehr Arbeitslose sich unzureichend auf die unternehmerische Selbstständigkeit vorbereiten: „Mittlerweile verfügen über 40 Prozent der arbeitslosen Gründer über keine klare Geschäftsidee. Das ist eine denkbar schlechte Voraussetzung, um mit Kunden, Banken und Geschäftspartnern zu verhandeln“, betont Wansleben. Rund 300.000 Existenzgründer werden jährlich von den IHKs beraten.

DIHK-Hauptgeschäftsführer Martin Wansleben unterstreicht: „Wir brauchen nicht nur mehr, wir brauchen auch besser vorbereitete Existenzgründungen. Hierzu kann der reformierte Gründungszuschuss einen wichtigen Beitrag leisten.“

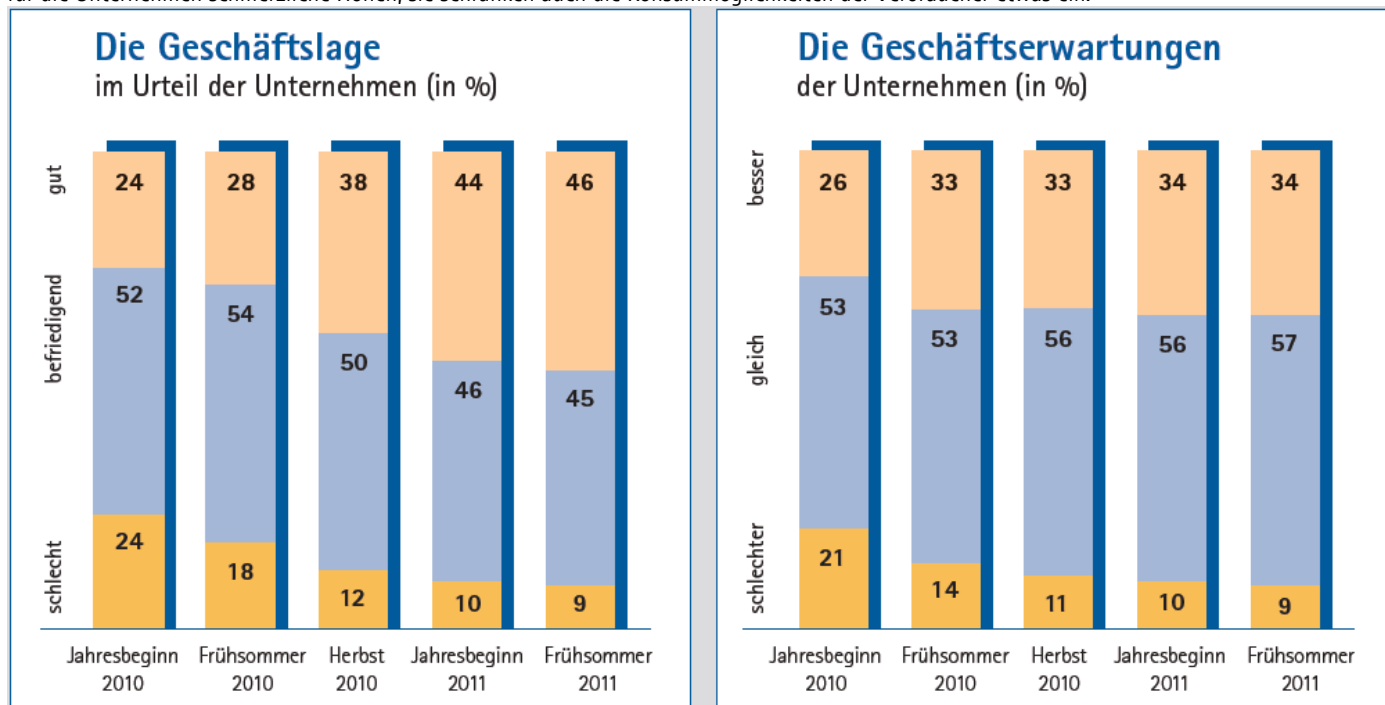
Kernelemente der Reform sind vor allem: Ab Herbst 2011 soll der Gründungszuschuss in eine Ermessensleistung umgewandelt werden – bislang haben Arbeitslose hierauf einen Rechtsanspruch. Zudem müssen Existenzgründer bei Antragstellung künftig noch einen Restanspruch auf Arbeitslosengeld von mindestens 150 Tagen vorweisen, bislang sind es nur 90 Tage. Dritte Neuerung: Die Phase der Maximalförderung, in welcher der Gründer einen monatlichen Zuschuss in Höhe des Arbeitslosengeldes zuzüglich einer Pauschale von 300 Euro erhält, wird von neun auf sechs Monate verkürzt – die zweite Phase, in der der Gründer nur noch die 300 Euro bezieht, dagegen von sechs auf neun Monate verlängert. ■

DIHK veröffentlicht DIHK-Konjunkturumfrage im Frühsommer 2011

Die Wirtschaft läuft auch in diesem Jahr auf vollen Touren. Export- und Inlandsgeschäft tragen den Aufschwung. Die Unternehmen wollen kräftig investieren und einstellen. Insgesamt erwartet der DIHK für 2011 ein Wachstum von 3,5 Prozent und hebt seine Prognose damit um 0,5 Prozentpunkte an. Dies sind die wesentlichen Ergebnisse der DIHK-Konjunkturumfrage bei den IHKs im Frühsommer 2011.

Die wichtigsten Ergebnisse der Umfrage lauten:

Die Wirtschaftskrise ist Vergangenheit. Die Unternehmen bewerten ihre Geschäftslage sogar etwas besser als zum Höhepunkt des Booms 2007. Das Wachstum fußt auf größerer Basis. Die Exportwirtschaft kann sich weiterhin auf eine starke Auslandsnachfrage stützen. Hinzu kommt eine hohe Investitionstätigkeit der Unternehmen. Die Lageeinschätzung der Bauwirtschaft erreicht Werte wie seit dem Vereinigungsboom nicht mehr. Die – noch immer gute – Geschäftslage in etlichen Konsumbranchen wie dem Einzelhandel und dem Gastgewerbe verschlechtert sich hingegen etwas. Damit erfüllen sich ihre hohen Erwartungen aus der Vorumfrage nicht. Die Energie- und Rohstoffpreise erreichen nicht nur als Kostenfaktor für die Unternehmen schmerzliche Höhen, sie schränken auch die Konsummöglichkeiten der Verbraucher etwas ein.



Der Aufschwung setzt sich kraftvoll fort. Die Unternehmen beurteilen ihre Geschäftsperspektiven so zuversichtlich wie im Boomjahr 2007 – dem bislang besten Wert in den letzten 20 Jahren. Die Sorgen um die In- und Auslandsnachfrage nehmen erneut ab. Das stützt die Hoffnung, dass die Wirtschaft weiter wächst. Der Optimismus der Industrie lässt auf hohem Niveau etwas nach, bleibt aber größer als in anderen Wirtschaftszweigen. Die schwungvolle Export- und Investitionsentwicklung unterstützt den Arbeitsmarkt weiter – das belebt auch die Erwartungen in der Konsumwirtschaft zunehmend. Einzelhandel und Gastgewerbe sind zuversichtlicher denn je. Die Binnenwirtschaft übernimmt mehr und mehr vom Auslandsge-

AUS DER KAMMERARBEIT

schäft die konjunkturelle Stützungsfunktion. Mit der guten weltwirtschaftlichen Entwicklung steigt jedoch die Bedeutung der Energie- und Rohstoffpreise als Konjunkturrisiko. Der Fachkräftemangel spitzt sich hierzulande ebenfalls weiter zu.

Die weltweite Nachfrage nach hochwertigen Investitionsgütern und effizienter Technologie „Made in Germany“ ist weiterhin Garant für ein starkes Exportwachstum. Immer weniger Unternehmen befürchten Rückschläge im Auslandsgeschäft. Gleichwohl rechnen die Betriebe damit, dass die Zuwächse etwas geringer ausfallen. China und andere Boommärkte wirken Überhitzungsgefahren entgegen. Die Perspektiven auf dem europäischen Heimatmarkt sind durch das verhaltene Wachstum in etlichen Staaten eingeschränkt. Hinzu kommt eine gewisse Verunsicherung durch die Ereignisse in Japan und die politischen Umwälzungen im Nahen Osten und Nordafrika.

Die Investitionsabsichten der Unternehmen verbessern sich noch einmal leicht und erreichen ein neues Rekordniveau. Der Investitionsaufschwung erfasst die gesamte Breite der Wirtschaft und trägt erheblich zur positiven Entwicklung der Binnenkonjunktur bei. Neben der Industrie planen auch die eher binnenorientierten Wirtschaftszweige Dienstleistungen und Handel sowie der lange Zeit zurückhaltende Bau mit größeren Investitionsbudgets am Standort Deutschland. Die Investitionsabsichten der Unternehmen führen zu einem höheren Kapitalbedarf. Gleichzeitig verschlechtern sich aktuell die Finanzierungsbedingungen einiger Betriebe.

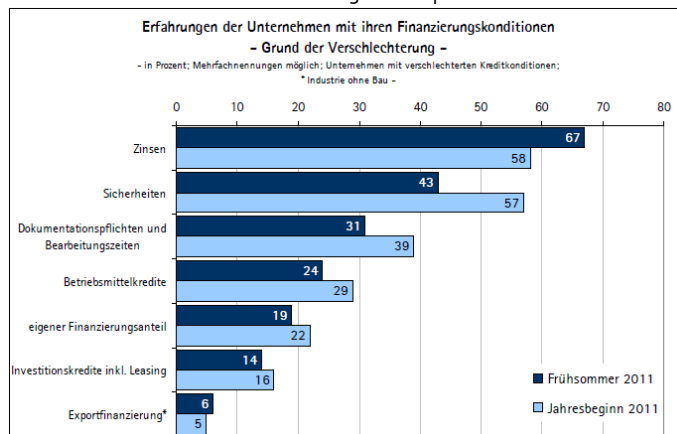
In nahezu allen Branchen stehen die Zeichen auf Personalaufbau. Industrie, Handel und Bau weisen so gute Beschäftigungspläne auf wie seit der Wiedervereinigung nicht mehr. Allerdings bremst der Fachkräftemangel den Beschäftigungsaufbau spürbar. Betroffen sind z. B. Zeitarbeit, Gesundheitswirtschaft, IT- und industriennahe Dienstleister, Baugewerbe sowie Maschinenbau. Alles in allem fällt die Arbeitslosigkeit in diesem Jahr auf durchschnittlich 2,8 Mio. – den niedrigsten Wert seit 20 Jahren.

Eine Langfassung der Ergebnisse finden Sie unter <http://www.dihk.de/themenfelder/wirtschaftspolitik/konjunktur-und-wachstum/umfragen-und-prognosen> auf der Homepage des DIHK. ■

DIHK-Sonderumfrage zu den Kreditkonditionen im Frühsommer 2011

Nach Auswertung der DIHK-Sonderumfrage bei den Industrie- und Handelskammern zu den Kreditkonditionen im Frühsommer 2011 hat DIHK-Präsident Hans Heinrich Driftmann gegenüber dem Handelsblatt folgendes Statement abgegeben:

"Die Finanzierungssituation der Unternehmen ist zwar stabil, wegen der guten Konjunktur hätte ich aber eigentlich bessere Finanzierungsbedingungen erwartet. Das ist insofern problematisch, als ein gutes Finanzierungsumfeld Voraussetzung für eine hohe Investitionsbereitschaft der Unternehmen ist. Unsere aktuelle Umfrage zeigt: Betriebe mit verbesserten Finanzierungsbedingungen haben deutlich höhere Investitionsabsichten. Wir müssen deshalb darauf achten, dass eine strengere Finanzmarktregulierung nicht zu Lasten der Mittelstandsfinanzierung geht. Einige Vorschläge des Basel III-Regelwerkes – wie z.B. die Einführung einer Verschuldungsobergrenze – benachteiligt wichtige Finanzierungsinstrumente wie Export- und Förderkredite. Bei der Umsetzung in europäisches Recht muss hier nachgearbeitet werden."



Die weiteren Kernergebnisse der Umfrage lauten wie folgt: Die Finanzierungssituation ist für die meisten Unternehmen im Frühsommer 2011 stabil. Sie kann jedoch nicht mit der sehr guten konjunkturellen Entwicklung Schritt halten. Trotz der guten Geschäftstätigkeit sprechen noch immer 17 Prozent der Unternehmen von allgemein verschlechterten Finanzierungsbedingungen. Für 15 Prozent haben sich die Bedingungen verschlechtert. Zwei Prozent der Unternehmen berichten von abgelehnten Krediten. Der Kreditzugang hat sich damit sogar leicht verbessert – in der Vorumfrage lag die Ablehnungsquote noch bei drei Prozent. Nur noch sieben Prozent der Betriebe verzeichnen verbesserte Kreditkonditionen. Am Jahresanfang waren es noch elf Prozent. ■

Gemeinsames CSR-Portal der Wirtschaft

Der Deutsche Industrie- und Handelskammertag (DIHK) sowie der Zentralverband des Deutschen Handwerks e. V. (ZDH) sind jetzt Partner beim CSR-Internetportal (Corporate Social Responsibility) der deutschen Wirtschaft (www.csrgermany.de), das bislang die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) zusammen mit dem Bundesverband der Deutschen Industrie e.V. (BDI) getragen haben. Der vor über sechs Jahren gestaltete Internetauftritt CSR Germany hat sich zu einem der führenden deutschen CSR-Internetportale entwickelt.

Ziel des Portals ist es, das umfangreiche und vielfältige gesellschaftliche Engagement der Unternehmen zu zeigen, ein CSR-Netzwerk zu schaffen und den Erfahrungsaustausch zu fördern. Mit dem Zusammenschluss ist die Homepage grundlegend überarbeitet worden. Herzstück des CSR-Portals ist der Praxisbereich, in dem alle Unternehmen die Möglichkeit haben, ihr gesellschaftliches Engagement vorzustellen. ■

Zahlen, Daten, Fakten über die Apotheke 2010 unter www.abda.de verfügbar

Die neuesten Zahlen über die Apotheken und die Arzneimittelversorgung liegen jetzt vor. "Die Apotheke: Zahlen, Daten, Fakten 2010" heißt die Broschüre, die von der ABDA – Bundesvereinigung Deutscher Apothekerverbände herausgegeben wird. Im Internet sind alle Zahlen unter www.abda.de verfügbar.

Einige Beispiele: Im Kapitel "Apotheken in der Gesellschaft" kann man auf einen Blick erkennen, dass die Zahl der Apotheken auf 21.441 gesunken ist, während die Zahl der Arbeitsplätze auf 147.827 gestiegen ist. Die Frauenquote unter allen berufstätigen Apothekern in Deutschland liegt bei 66,9 Prozent. Im Vergleich liegt Deutschlands Apothekendichte mit 3.800 Einwohnern pro Apotheke unter dem Durchschnitt der 27 EU-Staaten von 3.300.

Das Kapitel "Apotheken innerhalb des Gesundheitswesens" enthält u.a. Grafiken, aus denen hervorgeht, dass die Apotheken mit 4,46 Mrd. Euro nur etwa 2,5 Prozent der Ausgaben der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) von 175,74 Mrd. Euro ausmachen. GKV-Versicherte mussten 2010 genau 1,767 Mrd. Euro an Zuzahlungen zu verordneten Medikamenten an ihre Krankenkassen leisten.

Die neue Broschüre "Die Apotheke: Zahlen, Daten, Fakten 2010" steht unter www.abda.de/zdf.html als freier Download zur Verfügung. ■

IT.NRW stellt neue Publikation „Grafische Darstellung von Indikatoren des Arbeitsmarktes und der Wirtschaft“ vor

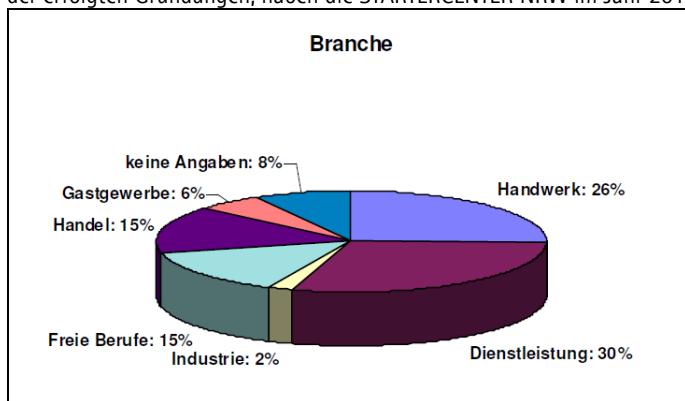
Anlässlich der am 19. Mai 2011 beim Landesbetrieb Information und Technik Nordrhein-Westfalen (IT.NRW) in Düsseldorf durchgeführten Tagung „Arbeitsmarkt im Wandel – Daten für Nordrhein-Westfalen“ haben die Statistiker die erste Ausgabe der neuen Publikation „Grafische Darstellung von Indikatoren des Arbeitsmarktes und der Wirtschaft“ vorgestellt. Diese Gemeinschaftsveröffentlichung wurde von IT.NRW in seiner Funktion als Statistisches Landesamt im Auftrag der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder erstellt und herausgegeben.

In diesem Heft wurden relevante Daten und Ergebnisse zu den Themen Arbeitsmarkt und Wirtschaft grafisch aufbereitet. Die enthaltenen 35 Grafiken bieten einen kompakten und schnellen Überblick über die aktuelle Arbeitsmarktlage in den Ländern Deutschlands – zu einigen Themen bieten Kartogramme Vergleiche bis auf die Kreisebene. In den Grafiken werden Wirtschaftsstrukturen, zeitliche Entwicklungen und statistische Kennziffern abgebildet. Die behandelten Themen reichen von den klassischen Indikatoren wie Bruttoinlandsprodukt und Erwerbstätigenzahl über Arbeitsvolumen und -produktivität bis zu Arbeitnehmerentgelt oder Kurzarbeit.

Neben einer PDF-Version der neuen Publikation stehen im Online-Angebot des Arbeitskreises „Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder“ (AK ETR) unter der Adresse <http://aketr.de/index.php/veroeffentlichungen.html> auch die Länder- und Kreisergebnisse in Tabellenform kostenlos zum Download bereit. Die Publikation „Grafische Darstellung von Indikatoren des Arbeitsmarktes und der Wirtschaft“ finden Sie unter der Adresse <https://webshop.it.nrw.de/webshop/details.php?id=17042> zum kostenlosen Download. (Quelle: IT.NRW Düsseldorf, 19. Mai 2011) ■

STARTERCENTER NRW begleiten jedes vierte Gründungsvorhaben

Im Jahr 2010 haben sich 155.000 Gründerpersonen an die 83 STARTERCENTER NRW gewandt, um Informationen zum Thema Selbstständigkeit und Unternehmensgründung zu erhalten. Das sind rund 11 Prozent mehr als im Jahr 2009. Rund 26.400 Gründerinnen und Gründer wurden intensiv zu einem konkreten Gründungsvorhaben beraten (minus 10 Prozent gegenüber 2009). Bezieht man die Zahl dieser Beratungsgespräche auf die Zahl der erfolgten Gründungen, haben die STARTERCENTER NRW im Jahr 2010 jedes vierte Gründungsvorhaben in Nordrhein-Westfalen begleitet.

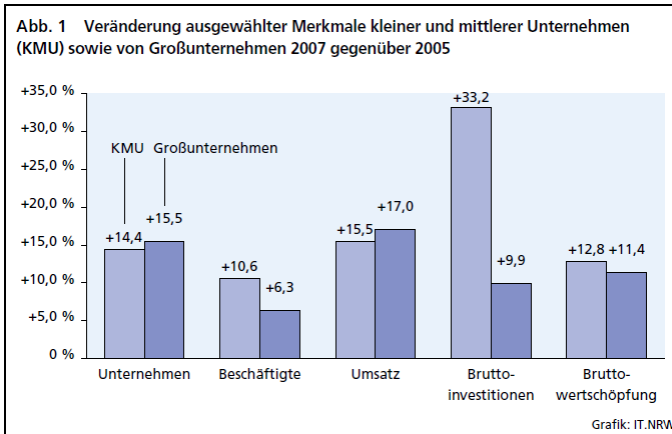


30 Prozent der im Jahr 2010 in den STARTERCENTERN NRW beratenen potenziellen Gründer/innen planten eine Unternehmensgründung im Dienstleistungssektor, 26 Prozent im Handwerk, jeweils 15 Prozent in den Freien Berufen und im Handel sowie 6 Prozent in der Gastronomie. Lediglich in zwei Prozent der Beratungsfälle ging es um eine Gründung im industriell produzierenden Gewerbe; bei 8 Prozent der Beratungsgespräche lagen keine branchenbezogenen Angaben zu dem Gründungsvorhaben vor. ■

IT.NRW legt Studie zur konjunkturellen Bedeutung von kleinen und mittleren Unternehmen vor

Mehr als jeder zweite der zwischen 2005 und 2007 in Nordrhein-Westfalen neu geschaffenen Arbeitsplätze ist in einem kleinen oder mittleren Unternehmen entstanden. Wie Information und Technik Nordrhein-Westfalen (IT.NRW) als statistisches Landesamt mitteilt, war die Beschäftigtenzahl solcher Unternehmen an Rhein und Ruhr im Jahr 2007 um 280.000 Personen oder 10,6 Prozent höher als im Jahr 2005. Die Zahl der Beschäftigten in den Großunternehmen stieg dagegen im selben Zeitraum um etwa 150.000 Personen (plus 6,3 Prozent). Insgesamt waren in NRW im Jahr 2007 rund 2,9 Millionen Personen in einem kleinen oder mittleren Unternehmen tätig.

REGIONALE WIRTSCHAFT



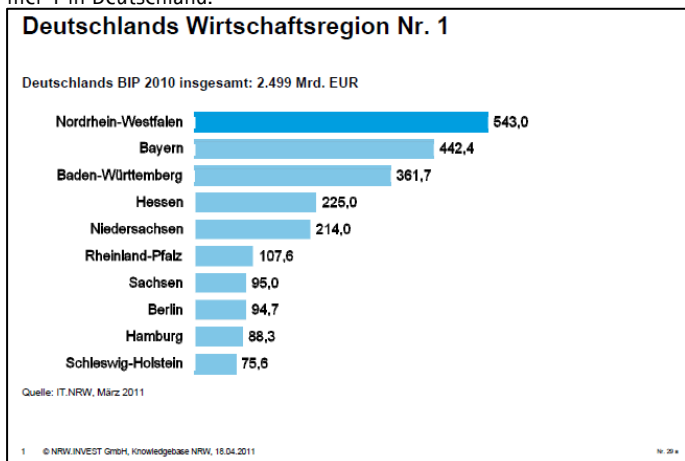
Die Ergebnisse der neuen Studie von IT.NRW zeigen, dass von den kleinen und mittleren Unternehmen im Zeitraum von 2005 bis 2007 starke Beschäftigungseffekte ausgingen und diese Unternehmen damit eine große Bedeutung für die Stabilität des nordrhein-westfälischen Arbeitsmarktes haben. Zu den kleinen und mittleren Unternehmen zählen gemäß den Vorgaben der EU-Kommission Unternehmen mit weniger als 250 Beschäftigten und einem Jahresumsatz von unter 50 Millionen Euro.

Diese und weitere Fakten stammen aus der Studie „Zur Bedeutung kleiner und mittlerer Unternehmen für das Wirtschaftswachstum in Nordrhein-Westfalen“, die der Landesbetrieb Information und Technik jetzt in der Reihe „Statistik Kompakt“ publiziert hat. Anhand von Schätzungen konnte in dieser Studie erstmals anhand von Daten der amtlichen Statistik die konjunkturelle Bedeutung der kleinen und mittleren Unternehmen in Nordrhein-Westfalen beleuchtet werden. Die Publikation steht unter dem Link http://www.it.nrw.de/w/statistik_kompakt.html zum kostenlosen Download bereit. (Quelle: IT.NRW Düsseldorf, 16. Mai 2011)

NRW ist Deutschlands Wirtschaftsregion Nr. 1

Insgesamt belief sich in Nordrhein-Westfalen das Bruttoinlandsprodukt (BIP), also die Summe aller im Lande erzeugten Waren und Dienstleistungen abzüglich der bei der Produktion verbrauchten Güter, im Jahr 2010 auf rund 543 Milliarden Euro. Damit erwirtschaftete jeder der rund 8,7 Millionen Erwerbstätigen im Durchschnitt 62.332 Euro. Das Bruttoinlandsprodukt je Einwohner belief sich 2010 in Nordrhein-Westfalen auf 30.421 Euro.

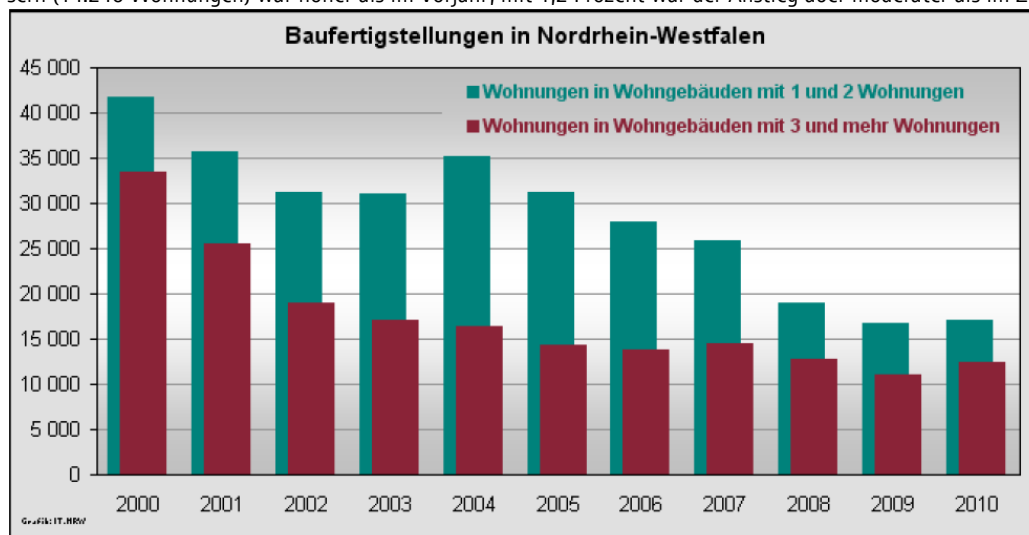
Das BIP Nordrhein-Westfalens war 2010 um 3,3 Prozent höher als 2009. Deutschlandweit war ein Wirtschaftswachstum von 3,6 Prozent zu verzeichnen. Nordrhein-Westfalen erwirtschaftet 21,7 Prozent des deutschen BIP. Gemessen am BIP ist das Land damit der Wirtschaftsstandort Nummer 1 in Deutschland.



Nordrhein-Westfalen erwirtschaftet 4,4 Prozent des europäischen BIP (EU-27) und ist damit eine der bedeutendsten Wirtschaftsregionen Europas. Das BIP pro Kopf betrug 2010 in NRW 30.421 EUR, in Deutschland 30.566 EUR und in der EU-27 24.504 EUR. (Quellen: Knowledgebase NRW, IT.NRW, Eurostat im März 2011)

NRW: 5,5 Prozent mehr Wohnungen fertiggestellt

Im vergangenen Jahr wurden von den nordrhein-westfälischen Bauämtern 33.685 Wohnungen als fertiggestellt gemeldet; das waren 5,5 Prozent mehr als im Jahr zuvor (2009: 31.916 Wohnungen). Wie Information und Technik Nordrhein-Westfalen als Statistisches Landesamt (IT.NRW) mitteilt, war dies erstmals seit 2004 wieder ein Anstieg. Überdurchschnittlich fiel die Zunahme bei den Mehrfamilienhäusern (12.818 Wohnungen; plus 15,7 Prozent) und Zweifamilienhäusern (2.826 Wohnungen; plus 9,6 Prozent) aus. Auch die Zahl der Wohnungen in fertiggestellten Einfamilienhäusern (14.240 Wohnungen) war höher als im Vorjahr; mit 1,2 Prozent war der Anstieg aber moderater als im Zwei- und Mehrfamilienhausbau.



Zusätzlich wurden 458 Wohnungen (minus 46,1 Prozent) in neuen „Nichtwohngebäuden“ (gemischt genutzte Gebäude, die überwiegend nicht Wohnzwecken dienen) fertiggestellt; weitere 3.343 Wohnungen (plus 0,3 Prozent) entstanden durch Um- oder Ausbauten an bereits vorhandenen Gebäuden. Ergebnisse für alle kreisfreien Städte und Kreise in NRW finden Sie unter dem Link http://www.it.nrw.de/presse/pressemitteilungen/2011/pdf/111_11.pdf. (Quelle: IT.NRW Düsseldorf)

WIRTSCHAFTSSTATISTIK

**Verbraucherpreisindex
im Mai 2011***Verbraucherpreisindex für NRW*

NRW	Mai 2011	April 2011
2005=100	110,1	110,2

Verbraucherpreisindex für Deutschland

Deutschland	Mai 2011	April 2011
2005=100	110,5	110,5
Veränd. gegen- über Vorjahr:	2,3 %	2,4 %

Weitere Informationen auf der Internetseite
www.sihk.de unter der Dokument-Nr. 2632. ■